

Doch keine Renaissance der makroökonomischen Vernunft?

Eckhard Hein
Achim Truger

Wie die OECD mittlerweile feststellt, befinden sich die Weltwirtschaft und auch die deutsche Wirtschaft am Ende des Jahres 2001 in einer Rezession. Auch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat und die EU-Kommission sehen Deutschland zumindest am Rande einer Rezession. Wie aber reagiert die Wirtschaftspolitik? Während sich in den USA die Geldpolitik mit einer kontinuierlichen Senkung des Leitzinssatzes schon seit Beginn dieses Jahres und dann insbesondere nach dem 11. September dem sich abzeichnenden Abschwung entgegenstemmte, legte die EZB erst einmal die Hände in den Schoß, um sich dann in der Mitte des Jahres, als die Zeichen des Abschwungs kaum mehr zu übersehen waren, mit zaghaften Lockerungen der Geldpolitik zu begnügen. Nach dem 11. September wurde zwar im Gleichschritt mit der Fed der Leitzinssatz gesenkt und die Liquiditätsversorgung der Weltwirtschaft sichergestellt; nach einem nochmaligen Trippelschritt bei den Leitzinsen sieht man nun aber keinen weiteren Handlungsbedarf mehr. Überhaupt sei Preisniveaustabilität das beste Anti-Krisenprogramm und die Verfolgung von Beschäftigungs- und Wachstumszielen entspreche zudem nicht dem gesetzlichen Auftrag, so die Zentralbanker.

Ein ähnliches Bild bei der Fiskalpolitik. In den USA wird mit Steuersenkungen und einem gigantischen staatlichen Ausgabenprogramm antizyklische Fiskalpolitik betrieben. Entgegen landläufiger Vorurteile folgt man damit – wie schon seit Ende der 80er Jahre – den Rezepten des immer wieder totgesagten Lehrbuch-Keynesianismus. In Europa und vor allem in Deutschland leugnete dagegen die Fiskalpolitik erst jede konjunkturpolitische Verantwortung mit Verweis auf den Stabilitätspakt von Amsterdam und beharrte auf dem im Stabilitätsprogramm fixierten Konsolidierungskurs. Mittlerweile wird zumindest zugestanden, dass die automatischen Stabilisatoren wirken sollen, allerdings ohne dass hierbei der Konsolidierungskurs verlassen wird. Weiterer Handlungsbedarf bestehe nicht. Überhaupt sei eine rasche Haushaltskonsolidierung das beste Beschäftigungsprogramm.

Und die akademische Politikberatung? Konnte man hier noch vor wenigen Wochen gewisse Hoffnungen auf eine Renaissance der makroökonomischen Vernunft haben, als der Präsident des ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, forderte, nun endlich das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, in seinen Worten „die Magna Charta der Stabilisierungspolitik“, anzuwenden, und der Präsident von IZA und DIW, Klaus F. Zimmermann, für einen „gezügten Keynesianismus“ plädierte, so ist auch hier nach dem Gutachten des Sachverständigenrates (SVR) wieder bundesrepublikanische Normalität eingeleitet. Der SVR hält in seiner Mehrheit nun gar nichts mehr von einer

geld- oder fiskalpolitischen Reaktion auf die sich abzeichnende Rezession. Selbst sein mit einem Rückgang des deutschen BIP um 0,5% in 2002 verbundenes Risikoszenario erfordere keine Reaktion der Konjunkturpolitik. Vielmehr wird gebetsmühlenartig gefordert, doch die Krisensituation zu nutzen, und endlich die lange angemahnten strukturellen Reformen, insbesondere am Arbeitsmarkt, umzusetzen. Im Rahmen einer Art Doppelstrategie wird daher empfohlen, doch einerseits auf den geld- und finanzpolitisch unterstützten Aufschwung in den USA zu warten und andererseits sich die Wartezeit dadurch zu verkürzen, dass hierzulande endlich für Lohnzurückhaltung und eine umfassende Deregulierung des Arbeitsmarktes gesorgt wird. Dass die Anwendung dieser Rezeptur schon in der Vergangenheit nicht in der Lage war, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, weil sie das eigentliche Problem, den kurz- und langfristigen Mangel an effektiver Nachfrage – insbesondere an privaten Investitionen – eher verschärft denn lindert, bleibt dabei offenbar unbegriffen. Auch der immer wieder geführte Nachweis, dass gerade die wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfolge der US-amerikanischen Wirtschaft in den 90er Jahren auf eine abgestimmte Geld- und Fiskalpolitik und nicht auf deregulierte Arbeitsmärkte zurückzuführen sind, wird hartnäckig ignoriert.

Nun ist die gegenwärtige US-amerikanische Reaktion auf die Rezession sicherlich ebenfalls mit erheblichen Risiken verbunden. Vor dem Hintergrund einer polarisierten Einkommens- und Vermögensverteilung, einer hohen Verschuldung gerade der einkommensschwachen Haushalte sowie einer zunehmenden Beschäftigungs- und Einkommensunsicherheit besteht die Gefahr, dass ein Großteil der kurzfristigen konjunkturpolitischen Maßnahmen in steigender privater Ersparnis verpufft. Worauf es daher in Europa jetzt mehr denn je ankommt, ist eine binnenwirtschaftliche Orientierung und deren Durchsetzung im Rahmen einer koordinierten Makropolitik. Es geht also um eine Renaissance der makroökonomischen Vernunft: Die Lohnpolitik sollte durch eine Orientierung am nationalen Produktivitätswachstum und an der Zielinflationsrate der EZB die Konsumnachfrage verstetigen und den Stabilitätsanker für das Preisniveau liefern. Hierdurch werden für die EZB Zinssenkungsspielräume eröffnet, ohne dass ihr Inflationsziel verletzt wird. Die Fiskalpolitik sollte konjunkturbedingte Defizite hinnehmen und durch eine Politik der investitionsorientierten Verschuldung effektive Nachfrage und Wachstum fördern. Wachstums- und Beschäftigungseffekte einer koordinierten Politik werden dann auch die Stabilisierung des öffentlichen Schuldenstandes erleichtern.